

Gesucht: Mehr Unterschriften

Zurzeit werden in der Schweiz Unterschriften für acht Volksinitiativen gesammelt. Nun bezahlt erstmals auch die SP systematisch für das Sammeln von Unterschriften.

BERN – «Wir zahlen unseren Sektionen einen Franken pro Unterschrift für die AHV-Initiative», erklärt SP-Sprecher Jean-Philippe Jeannerat. Dem Komitee um Nationalrat Rudolf Rechsteiner bleibt Zeit bis am 10. Oktober, die geforderten 100 000 Unterschriften für die Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV» zu sammeln. «Ende Mai waren 65 000 Unterschriften zusammen», sagt Jeannerat. Angesichts der drohenden Zitterpartie entlohnt die SP nun erstmals die Sektionen systematisch für jede gesammelte Unterschrift. Laut Jeannerat wird das Unterschriftensammeln immer schwieriger. Den Hauptgrund sieht er in der Zunahme des brieflichen Abstimmens. «Sie können immer weniger politisch interessierte Leute an der Urne um Unterschriften bitten», sagt Jeannerat. Für die AHV-Initiative

bleibt er aber optimistisch.

Bezahlen vielfach verpönt

«Keinen Grund zum Jammern» sieht der Schweizer Tierschutz (STS). Seit Februar wird für die Initiative «Tierschutz-Ja!» gesammelt. Laut STS-Geschäftsführer Hansueli Huber sind 40 000 Signaturen da. «Wir sammeln auf der Strasse oder via unsere Gönnerinnen und Gönner», sagt Huber. Geld für das Unterschriftensammeln gebe es nicht. Zufrieden ist auch der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund (CNG), der seit Oktober 70 000 Unterschriften für seine Initiative «Für faire Kinderzulagen!» gesammelt hat – «ohne jemanden dafür zu bezahlen», wie Susanne Blank vom CNG festhält.

Resignierter Erwin Kessler

Resigniert hat dagegen Erwin Kessler vom Verein gegen Tierfabriken: «Unsere Initiative gegen das betäubungslose Schlachten kommt kaum zu Stande», sagt Kessler. Die breit gestreuten Sammelbögen hätten nur 50 000 Unterschriften eingebracht. Kessler nimmt aber lieber ein Scheitern in Kauf, als für

das Sammeln zu zahlen.

Noch im Anfangsstadium befinden sich die Initiative «Frühling», die eine vollständige Erneuerung der Bundesverfassung anstrebt sowie das Begehren für ein «Moratorium für Mobilfunkantennen». Neue Wege beim Unterschriftensammeln ging 1997 Denner und bezahlte 300 Personen, die in 7 Wochen 120 000 Unterschriften für die Initiative für eine schnellere Behandlung von Volksbegehren sammelten mit einem Franken pro Signatur.

Keine EDU-Initiative

Die Initiative «für eine minimale Grundversicherung mit bezahlbaren Krankenkassenprämien» (miniMax-KVG-Initiative) der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) kommt nicht zu Stande. Die Sammelfrist endet am 9. Juli, es fehlen über 50 000 Unterschriften. «Wir sind enttäuscht über die mangelnde Unterstützung, die unsere Volksinitiative von den anderen Parteien erhalten hat», erklärte EDU-Sekretär Thomas Feuz am Freitag auf Anfrage. (sda.)